

Kurzbericht zur Arbeit im Jahr 2015

22. Dezember
2015

Der Kampf gegen neue Tagebauprojekte in der Lausitz prägte auch in diesem Jahr unsere Arbeit.

Im Braunkohlenplanverfahren **Tagebau Jänschwalde-Nord** wurde die überfällige Entscheidung zur Einstellung des Verfahrens von der Landesregierung immer weiter verschleppt. Wir beteiligten uns am 4. Januar am Sternmarsch sowie am Reformationstag in Atterwasch und organisierten beispielsweise eine Protestaktion vor dem Brandenburger Energietag am 3. September in Cottbus.



Zunehmend beschäftigte uns in diesem Jahr auch wieder der aktive Tagebau Jänschwalde. Im März 2015 genehmigte das Land Brandenburg die **Verlegung der Bundesstraße 112** wegen des Tagebaues. Die neue Straße wurde überdimensioniert, um Tatsachen für den Tagebau Jänschwalde-Nord und dessen weitere Straßenverlegungen zu schaffen. Die betroffene Gemeinde Schenkendöbern hatte sich seit Jahren gegen diese Variante der Verlegung gewehrt. Seit Anfang Juni geht unser Landesverband Grüne Liga Brandenburg gerichtlich gegen den Planfeststellungsbeschluss vor. Die UGC kümmert sich um Finanzierung wie inhaltliche Betreuung dieses Verfahrens.

Seit Jahren ist eine Austrocknung im vom Tagebau beeinflussten Teil der (nach FFH-Richtlinie geschützten) **Jänschwalder Laßzinswiesen** zu beobachten. Nach einer Auswertung des aktuellsten Monitoringberichtes forderte die Umweltgruppe Ende November das Bergamt förmlich nach dem Umweltschadengesetz auf, dem Tagebaubetreiber zusätzliche Maßnahmen aufzuerlegen. Erst dadurch wurden die Probleme öffentlich bekannt. Je nach Reaktion der Behörde können 2016 auch rechtliche Schritte folgen.

Die Grundwasserabsenkung des Tagebaues Jänschwalde wird auch als (Mit-)Ursache für das **Austrocknen des Moorgebietes Pastlingsee** selbst von den Landesbehörden nicht mehr ausgeschlossen. Wir befassten uns mit der Problematik und haben über die Grüne Liga Brandenburg erste rechtliche Schritte eingeleitet.

Von Beginn an wirkte die Umweltgruppe im Bündnis „Strukturwandel jetzt – kein **Nochten II**“ (gegen die Zerstörung der Orte Rohne, Mulkwitz und Mühlrose) mit. Am 12. April fand die inzwischen traditionelle Protestkundgebung in Rohne statt. Wir wurden zudem Mitglied im Klagebündnis gegen den Braunkohlenplan und eventuelle bergrechtliche Genehmigungen. Nachdem die erste Instanz weder betroffenen Bürgern, noch Naturschutzverbänden ein Klagerecht gegen den Braunkohlenplan zuerkennen wollte, reichte das Bündnis im August Revision beim Bundesverwaltungsgericht ein. Aufgrund neuerer Urteile ist es fast sicher, dass die Klagebefugnis anerkannt wird und das Gericht auch die Inhalte der Klage prüfen muss. Die Klage der Umweltgruppe Cottbus wegen verweigerter Akteneinsicht zum „Urwald Weißwasser“ verfolgen wir mit langem Atem weiter, weil wir es für eine Grundsatzfrage halten, dass Umweltinformationen nicht mit dem Verweis auf Urheberrechte geheimgehalten werden dürfen.

Zum **Tagebau Welzow-Süd II** (drohende Umsiedlung von Proschim und Teilen von Welzow) reichte das Bündnis aus mehreren Umweltverbänden (BUND Brandenburg, Greenpeace, GRÜNE LIGA) und einem Proschimer Bürger am 28. August die Klage gegen den Braunkohlenplan ein. Die UGC hat in den vorangegangenen Wochen intensiv an der Klagebegründung mitgearbeitet. Zur gemeinsamen Sitzung der Berliner und Brandenburger Parlamentsausschüsse am 24. Juni wurde ein Vertreter der UGC zur Anhörung eingeladen und verdeutlichte dort die fehlende energiepolitische Notwendigkeit des geplanten Tagebaues.

Anfang des Jahres 2015 war der **Tagebau Cottbus-Nord** öffentlich sehr präsent, weil die Pläne zu seiner Flutung als „Cottbuser Ostsee“ öffentlich ausgelegt wurden. Wir erarbeiteten eine ausführliche Stellungnahme und forderten die Behörden auf, eine Abwälzung von langfristigen Folgekosten auf die Allgemeinheit zu verhindern. Dazu gehört beispielsweise der Austrag von Eisen und Sulfat in die Spree. Die Probleme fassten wir verständlich im Informationsblatt „Cottbuser Ostsee – die Rechnung soll der Bürger zahlen“ zusammen, das weite Verbreitung in Cottbus und den umgebenden Orten fand.

Zum in Polen geplanten **Tagebau Gubin-Brody** erfolgte im Dezember 2015 grenzübergreifend die Beteiligung der Öffentlichkeit. Wir erstellten einen Musterbrief für die auf deutscher Seite betroffenen Bürger.

Die **gesellschaftliche Debatte um die Braunkohle** spitzte sich bundesweit zu, als im März der Vorschlag eines Klimabeitrages für ältere Kohlekraftwerke bekannt wurde. Wir nahmen an dieser Debatte aktiv teil:

- Da zunehmend mit abenteuerlichen Arbeitsplatzzahlen argumentiert wurde, gaben wir das zwölfseitige Hintergrundpapier „Arbeitsplatzeffekte der Lausitzer Braunkohlenwirtschaft“ heraus. Das Papier wurde von zahlreichen Journalisten und Politikern interessiert aufgenommen und sogar in Bundestags- und Landtagsdebatten zitiert.
- Wir nahmen an der Menschenkette um das Kanzleramt am 1. Juli und der Großdemonstration vor dem Weltklimagipfel am 29. November in Berlin teil.
- Die Beeinflussung des Berliner Wassers durch Lausitzer Tagebaue konnten wir in einem Gastbeitrag im Tagesspiegel online ebenso thematisieren, wie bei einem Vortrag am 16. März, zu dem das Bündnis „Kohleausstieg Berlin“ eingeladen hatte.
- Ende Juni endete die Frist für Stellungnahmen zum Bewirtschaftungsplan des Elbe-Einzugsgebietes nach der Wasserrahmenrichtlinie. Gemeinsam mit der Bundeskontaktstelle Wasser erarbeiteten wir eine ausführliche Stellungnahme speziell zu den Folgen des Braunkohlenbergbaus, die von den Umweltverbänden Brandenburgs, Sachsens und Berlins gemeinsam eingereicht wurde.
- Mit einem Infostand folgten wir der Einladung der evangelischen Kirche zur Diskussion beim Lausitz-Kirchentag am 4. Juli.
- Vor der Sondersitzung des Brandenburgischen Braunkohlenausschusses zum Wasserhaushalt am 17. September machten wir mit einer Aktion auf die Gefährdung des Trinkwassers von Frankfurt(Oder) durch steigende bergbaubedingte Sulfatbelastung aufmerksam.
- Im November veröffentlichten wir ein Hintergrundpapier zur bevorstehenden Überarbeitung des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg und der Notwendigkeit, dabei neue Braunkohlentagebau verbindlich auszuschließen.



Die Umweltgruppe beteiligte sich mit einem Seminarangebot am **Lausitzer Klima- und Energiecamp in Groß Gastrose** und gestaltete einen Einführungsabend zur Lausitz bei der „**Tour de Natur**“, die uns mit etwa 130 Radlern im August besuchte.

Der **Lausitzer-Kohle-Rundbrief** erreichte 2015 regelmäßig per e-mail etwa 1600 Abonnenten bundesweit und wurde zusätzlich auf der Internetseite www.kein-tagebau.de veröffentlicht. Es erschienen in diesem Jahr 29 Ausgaben des Rundbriefs. Die Internetseite wurde technisch komplett überarbeitet, beispielsweise sind ältere Beiträge über die Suchfunktion jetzt leichter auffindbar. Die beschriebenen Aktivitäten begleiteten wir mit bisher 29 **Pressemitteilungen**.

Mit Förderung durch die brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung wurde erneut ein **Exkursionsprojekt zur Energiepolitik** in der Lausitz durchgeführt. Es fanden fünf Exkursionen mit insgesamt 118 Teilnehmern statt, die von der Firma „Spreescouts“ umgesetzt wurden. Ein Folgeprojekt für das kommende Jahr ist bereits ausgearbeitet und beantragt.

Zu den weiteren Aktivitäten der Umweltgruppe zählte die regionale Werbung für die Demonstration „Wir haben es satt!“ am 16. Januar in Berlin. Mitglieder der Gruppe beteiligten sich intensiv an der Unterschriftensammlung der Volksinitiative gegen **Massentierhaltung** in Brandenburg sowie am derzeit laufenden Volksbegehren und unterstützten die Aktionen der Bürgerinitiativen in Vetschau, Cottbus und Reuden. Über den „Um-Land“-Verteiler werden etwa 70 Interessenten in der Lausitz zu Landwirtschaftsthemen vernetzt und informiert.



Bei einer Radtour im März entlang der Spree beschäftigten sich die Teilnehmer mit den Ergebnissen der Renaturierung. Am 16. Mai trafen sich Mitglieder der UGC in Lacoma zu einem **Arbeitseinsatz**. Gemeinsam mit Einwohnern von Cottbus-Willmersdorf und ehemaligen Bewohnern von Lacoma wurde das bereits 1994 entstandene Mahnmal für die abgebaggerten Dörfer der Lausitz wieder errichtet.

Die Umweltgruppe Cottbus ist Teil des **Netzwerkes GRÜNE LIGA** und dort als Bundeskontaktstelle Braunkohle tätig. Zu diesem Thema arbeiten wir eng mit der Klima-Allianz Deutschland und den von ihr vernetzten bundesweiten Organisationen sowie der Europäischen Klimastiftung zusammen. Ein besondere Ehre war es für uns, bei der Feier zum 25jährigen Bestehen der GRÜNEN LIGA am 6. Februar eines der drei Impulsreferate zu halten. Eine weitere Ehre war die Benennung einer Cottbuser Straße nach dem Gründer der Umweltgruppe Peter Model (1939 – 1993) aufgrund seines wichtigen Beitrages zur demokratischen Umgestaltung 1989/1990.

Wir bedanken uns bei allen Aktiven, Spendern und Fördermitgliedern, die unsere Arbeit im zu Ende gehenden Jahr ermöglicht haben. Spenden und Beiträge an die Umweltgruppe Cottbus e.V. sind steuerlich absetzbar. Bei Spenden, die zweckgebunden für unsere Braunkohlearbeit verwendet werden sollen, sollte der Verwendungszweck „Lausitzer Kohle“ angegeben werden.

Postanschrift Umweltgruppe Cottbus e.V. Straße der Jugend 94 D-03046 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	--	---	--